

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 15 (1990)
Heft: 3

Rubrik: Die politischen Kämpfe zur Zeit : der Kampf der Roma

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Für Ritters „Asozialenforschung“ sowie für seine „Bastard- und Kriminalbiologie“ machte die DFG, wohlwollend beobachtet von dem berühmten Chirurgen Ferdinand Sauerbruch, bis 1944 Jahr für Jahr Geld lokker.

Die Berliner Amtsgeistlichen arbeiteten wie Detektive, um Zigeunervorfahren ausfindig zu machen. Sie wühlten in Archiven und sammelten Informationen in Gerichten und Gefängnissen, Fürsorgeanstalten und Rathäusern. Auch Kirchenbücher dienten als Quelle.

Die Spezialisten der Berliner „Forschungsstelle“ zeichneten „Erbtafeln“, die bis zu sechs Meter lang waren und mehr als 800 Personennamen umfaßten. Mit Hilfe dieser „in jeder Hinsicht fragwürdigen Tafeln“ (Zimmermann) wurden fast 20 000 „Viertel- und Achtelzigeuner“ identifiziert, die oftmals seit Jahrzehnten in die „reindeutsche“ Bevölkerung integriert waren, als hochdekorierte Soldaten gedient hatten oder gar das NSDAP-Parteibuch besaßen.

Ihre Festnahme aufgrund eines „rassenhygienischen Gutachtens“ galt als vorbeugende Verbrechensbekämpfung und war Sache der Polizei. Richterliche Kontrollen gab es nicht. Das Reichsjustizministerium erwartete ohnedies von den Polizisten „wesentlich bessere Ergebnisse“ als von den Juristen.

Längst ging es dem NS-Regime nicht mehr um die „Abwehr tatsächlich auftretender Gefahren“, so der Zeitgeschichtler Hans Buchheim: Der Staat plante vielmehr die „Ausmerzung“ auch

„vermeintlicher Gefahrenherde“ – erst per Deportation von Zigeunern, schließlich, weil auch der Reichsärztekreis Leonardo Conti „eine wirkliche Radikallösung“ forderte, mit Hilfe der Konzentrations- und Vernichtungslager.

Am 16. Dezember 1942 ordnete der SS- und Polizeichef Heinrich Himmler die „totale Liquidierung“ der Zigeuner an. Die Opfer wurden

▷ vergast – in speziellen Fahrzeugen oder im „Zigeunerfamilienlager“ von Auschwitz-Birkenau, wo sie in überfüllten, stinkenden Baracken des Typs „zerleg- und versetzbarer Pferdestall“ hatten hausen müssen;

▷ „vernichtet durch Arbeit“ – den Gegenwert jedes einzelnen erwachsenen Häftlings bezifferten SS-Männer so akribisch wie zynisch auf 1631 Reichsmark, „abzüglich Ernährung und Verbrennungskosten“;

▷ von Medizinern bis zum Tode mißbraucht als „Kaninchen“ (Fachjargon) – für Kälteversuche, für Zwillingsexperimente und zur Entwicklung neuer Kastrations- oder Sterilisationsmethoden.

Nach dem Krieg blieb das Schicksal der Zigeuner „weithin unbetrügt, ja unbekannt“, bilanzierte der Kulturanthropologe Joachim S. Hohmann. „Aus welchem Grunde töteten Sie Zigeuner?“ fragte beim Einsatzgruppen-Prozeß in Nürnberg der amerikanische Ankläger James E. Heath den SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf. Antwort: „Es ist ebenso wie mit den Juden . . . Sie hatten Spionageorganisationen während des Krieges.“

Heath, ungläubig: „Die Zigeuner hatten das?“ Ohlendorf: „Besonders die Zigeuner. Ich möchte Sie erinnern an die ausführlichen Beschreibungen des Dreißigjährigen Krieges von Ricarda Huch und Schiller.“

Auch der Bundesgerichtshof trug zeitweise dazu bei, daß die „Lernfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft“ (Zimmermann) nicht allzustark in Anspruch genommen wurde. In einer später korrigierten Entscheidung legten Deutschlands höchste Richter den Beginn einer rassistischen Verfolgung erst auf den Tag des Auschwitz-Befehls fest, alle Erlasse zuvor seien kaum anfechtbare „polizeiliche Vorbeugungs- und Sicherungsmaßnahmen“ gewesen.

Die willfährigen Polizisten blieben ebenso unbehelligt wie die Wissenschaftler. Die Ritter-Mitarbeiterin Sophie Ehrhardt wurde in Tübingen Anthropologie-Professorin, ihre Kollegin Eva Justin Kriminalpsychologin und Sachverständige „für schwer erziehbare Kinder“.

Selbst der Zigeunerforscher Ritter blieb dem Staate erhalten. Die Stadt Frankfurt bestellte ihn 1947 zum Leiter der „Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenkranke“ und zum Jugendpsychiater.

Mit freundlicher
Genehmigung zum
Nachdruck Der Spiegel Nr. 36

Die politischen Kämpfe zur Zeit

Der Kampf der Roma

Roma sind keine RömerInnen. Es sind auch keine RumänInnen. „Roma“ heißt „Mensch“ auf Romanesch, der Sprache eines aus Indien stammenden Volkes, das sich in der Mitte des 15. Jahrhunderts in Europa niedergelassen hat. Niedergelassen mehr in einem geographischen als in einem häuslichen Sinne. Es sind, wie man gängig zu sagen pflegt, die „Zigeuner“.

„Die Zigeuner kommen!“ Ein panischer Ausruf der immer wieder dann ausgestossen wurde, wenn sich eine Gruppe von von bunten Kleideten, musizierenden Menschen am Dorfrand zeigten, während sie mit Hausrat bepackte Eseln oder Pferde mit sich führten. Bauern zeterten, Bäuerinnen holten ihre Kinder von der Straße ins Haus und verschlossen Tür und Tore. Nach kurzer Zeit stahl sich die eine oder andere Bäuerin aus dem Gehöft, mit Speck unter dem Arm, zum Tausch für die von den Roma gefertigten Backmulden, oder mit kaputten Töpfen und Schirmen, um diese von den fahrenden HandwerkerInnen reparieren und die stumpfen Messer schleifen zu lassen. Einzelne Bauern zerrten ihre kranke Kuh oder den lahmenden Maulesel zu den fahrenden Frauen, den kräuterkundigen Tierheilerinnen... Das war so bis zu Beginn dieses Jahrhunderts.

„Die Zigeuner kommen!“ Beamte, Bürokraten und Referenten werfen die Hände über die Köpfe. In Düsseldorf ist der Teufel los. „Und dann erst noch welche aus Jugoslawien“. Was tun? Das Beamtentum in der BRD scheint in einer besonders peinlichen und misslichen Situation. Die unbewältigte Geschichte des Dritten Reiches, die nicht ausbezahlt Wiedergutmachung für vergaste Romas und Sintis in der Nazi-Zeit scheinen die dunklen, verstaubten Kammern der Verdrängung unbedeckt zu beleuchten. Die Opfer kehren an den Tatort zurück und die Töchter und Söhne der Töter sind fürs erste ratlos.

Dann der Beschluss der Ausschaffung! Eingeschliffener, brutalster Rassismus in der Bevölkerung, soziale Ausgrenzung, Armut, Arbeitslosigkeit, Schikanen und Gewalt gegen die Roma seitens der jugoslawischen Bevölkerung und der Behörden; dies veranlasste diese, zu Tausenden in die BRD zu fliehen. So kommt es immer wieder vor, dass die serbische Polizei die Roma aus ihren Häusern vertreibt, Ihnen verbietet, gewisse Bezirke zu betreten, öffentliche Brunnen zu benutzen, kurz: ihnen die in Jugoslawien verfassungsmässig garantierte Freizügigkeit verweigert. Auch Razzien mit anschliessenden Verhaftungen und Folterungen, die auf rudimentären oder gar fingierten Anklagen beruhen, lassen auf eine kollektive Verfolgung durch den Staat schliessen. So scheint es sich auch zu bestätigen, dass der Staat bei pogromartigen Uebergriffen, etwa durch Serben auf die Roma, nicht daran interessiert ist, diese Roma unter seinen Schutz zu stellen. Im Gegenteil: Es wurde immer wieder beobachtet, dass die Sicherheitskräfte bei derartigen Ausschreitungen "wegschauten" und so ihre passive Unterstützung zur Gewalt bekundeten.

Die ratlosen Beamten und ReferentInnen schritten also am 12. Dezember 1989 zur Tat. Der in Nordrhein-Westfalen verhängte Abschiebestopp für Roma wurde aufgehoben. Die Konsequenz wäre die unmittelbare Rückschaffung nach Jugoslawien gewesen. Daraufhin besetzte eine 50-köpfige Roma-Delegation symbolisch das Büro der SPD in Düsseldorf. Auch in Köln und anderen Städten fanden ähnliche Aktionen statt. Am 6. Januar 1990 flohen 400 Roma in den Kölner Dom, um sich der Abschiebung zu entziehen. Staatssekretär Riotte nahm sich eine ganze Nacht Zeit, um mit den Roma zu sprechen. Es kam jedoch zu keinem positiven Entscheid. Am 8. Januar 90 begann der bis in das letzte Detail gut durchorganisierte "Bettelmarsch" von den nunmehr 600 Roma. Sie beschlossen, zur Landeshauptstadt Düsseldorf zu marschieren. Ministerpräsident Rau soll doch selbst jene Roma aussuchen, die seiner Ansicht nach abgeschoben werden könnten, hieß es sarkastisch. In Dornhagen wuchs die Zahl am 9. Januar 1990 auf 750 Roma. Die Evangelische Landessynode überbrachte eine Spende von DM 20'000, -- und äufnete einen Rechtshilfefonds von DM 50'000, --

15. Januar 1990: 1350 Roma, davon 700 Kinder, sind im Düsseldorfer Kunstmuseum untergebracht. Die Stadt versorgt die zu einem grossen Teil erkrankten Leute mit einer Decke pro Person. Die versprochenen Matratzen bleiben aus. Auch schwangere Frauen und Kleinkinder liegen auf dem nackten Boden. - Die einzelnen Städte Nordrhein-Westfalens sind sich mit der "Gewährung der Duldung" (vergleichbar mit der vorläufigen Aufnahme in der Schweiz) für Roma nicht einig. Düsseldorf ist relativ grosszügig (Duldung für einen Monat), Gelsenkirchen (SPS - regiert) drängt auf Abschiebung und geht sogar soweit, nach untergetauchten Romafamilien bundesweit zu fahnden. Der Bettelmarsch geht weiter! Ratingen 22. Januar 1990. Mittlerweile sind es 1500 Roma. Kranke und Kinder werden mit vom Deutschen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Bussen transportiert. 29. Januar 1990 in Oberhausen: 1700 Roma zwängen sich in eine Turnhalle von 1200 Quadratmetern. Die Roma gewinnen zunehmend Sympathien: Kirchliche Kreise, "Freunde der SPD", der Flüchtlingsrat. Der politische Druck wird immer stärker und schlussendlich, am 28. Februar 1990 der "Roma-Runderlass". Eine Aufenthaltserlaubnis in Nordrhein-Westfalen wird erteilt an Roma die ihre Zugehörigkeit zum Roma-Volk nachweisen können. Vertreter von deutschen Roma-Organisationen wirken bei der "Feststellung" mit. ein Teilsieg ist erringen! Skepsis, Wachsamkeit und Voraussicht sind angebracht.

Uli Kern

Anmerkung der Redaktion: Die neuesten Begebenheiten in Deutschland sollen auch uns in der Schweiz zum Denken anregen....